

Energiewende muss ökologisch und sozial sein

Anfang April haben auf Initiative von ROBIN WOOD, der BUND, der Bundesverband Erneuerbare Energie und die IG Metall einen gemeinsamen Brief an die MitarbeiterInnen und Betriebe aus der Branche der Erneuerbaren Energie geschrieben. Kurz vor dem 25. Jahrestag von Tschernobyl und während der Atomkatastrophe in Fukushima stellten die vier Verbände die besondere Bedeutung der Branche für den Umbau der Energiewirtschaft hin zu einer klimafreundlichen und atomfreien Zukunft fest. Gleichzeitig forderten die vier Organisationen die MitarbeiterInnen und Betriebe auf, sich an den Aktionen der Anti-AKW-Bewegung zu beteiligen.

Mit dieser gemeinsamen Initiative – unterstützt durch den Bundesverband Erneuerbare Energie – setzen IG Metall und die Umweltverbände ROBIN WOOD und BUND die Zusammenarbeit für den Atomausstieg fort, die sich seit dem Anti-Atom-Treck im September 2009 in Berlin deutlich intensiviert hat. Zu den Großdemonstrationen am 26. März, an denen in Berlin, Hamburg, Köln und München insgesamt über 250.000 Menschen teilnahmen, hatten auch die Gewerkschaften aufgerufen. So forderte in Berlin der DGB Vorsitzende Sommer

in seiner Rede den Atomausstieg. Auf der Hamburger Bühne auf dem Rathausmarkt sprach der Bezirksleiter Hartmut Meine von der IG Metall Niedersachsen-Sachsen-Anhalt. Ausdruck einer wachsenden Zusammenarbeit war auch, dass die Kundgebung in Hamburg gemeinsam von IG Metall und ROBIN WOOD moderiert wurde.

Allerdings: Auch wenn die IG Metall inzwischen einen „schnellen“ Ausstieg aus der Atomenergie fordert und insgesamt acht von den 17 AKWs sofort stillgelegt haben will. Wie die IG Metall es hinbekommt, die Entsorgung des Atommülls als gescheitert anzusehen und nicht gleichzeitig auch die sofortige Abschaltung der anderen AKWs zu fordern, dürfte noch Anlass zu heftigen Debatten sein!

In dem gemeinsamen Brief rufen nicht nur die Umweltverbände und BEE die VerbraucherInnen zum Ökostromwechsel auf. Auch der zweite Vorsitzende, Detlef Wetzels, unterschrieb erstmals für die IG Metall den Aufruf zum Ökostromwechsel. Zuvor hatten sich bereits die IG Metall Küste und Niedersachsen-Sachsen-Anhalt im Rahmen des Aufrufs zu den Tschernobyl-Aktionen am 25. April

diesem Aufruf angeschlossen. Zu dem im Oktober stattfindenden Gewerkschaftstag der IG Metall liegen mehrere Anträge vor, in denen z.B. die IG Metall Unterelbe und die IG Metall in Salzgitter (VW) den Ökostromwechsel als Kampagne der IG Metall fordern.

In den Anträgen beziehen sich die Metall-KollegInnen ausdrücklich auf die Ökostrom-Kriterien, wie sie ROBIN WOOD entwickelt hat. Allerdings fordern die Gewerkschafter ausdrücklich, dass zu den ökologischen Kriterien für den Wechsel auch soziale hinzukommen müssen. „Der Atomausstieg und der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist nicht nur eine technische und wirtschaftliche Aufgabe, sondern auch eine soziale“, heißt es daher im Aufruf zu den Tschernobyl-Aktionen an den AKWs Brunsbüttel und Krümmel. Denn in vielen Unternehmen der Erneuerbaren Energie wird zwar an der ökologischen Energiewende gearbeitet, aber Tarifverträge, Mitbestimmung und Arbeitsbedingungen in diesen Unternehmen sind entweder nicht vorhanden oder mangelhaft (siehe Beitrag S. 37).

In den Anträgen zum Gewerkschaftstag fordern die IG-MetallerInnen daher eine Debatte mit dem Ziel, dass die sozialen und demokratischen Bedingungen zusätzlich zu den ökologischen Kriterien ins Blickfeld genommen werden. Eine Herausforderung nicht nur für die Umweltverbände selbst, die dieser Frage bislang nicht sonderlich viel Aufmerksamkeit geschenkt haben. Auch mit den Ökostromanbietern sowie den Herstellern und Betreibern von erneuerbaren Anlagen wird dann über die sozialen Bedingungen zu diskutieren sein. Die IG Metall fordert ein „gutes Leben“. Wie das genau aussehen soll, darüber wird zu reden sein.

*Dirk Seifert, Energiereferent
ROBIN WOOD*

26.03.2011, Hamburg: Gemeinsam gegen Atomkraft



Foto: ROBIN WOOD/Fenner



Foto: Malte Wittmershaus

Gewerkschaften und Anti-Atom-Bewegung

Das Bild auf Anti-Atomkraft-Demos hat sich gewandelt. Ein mächtiger Partner zeigt sich neuerdings und unterstützt die Aktionen der Anti-AKW-Bewegung: die DGB-Gewerkschaften. Und das nicht erst nach dem Desaster im japanischen Atompark Fukushima. Schon voriges Jahr gehörte die IG Metall sowie der DGB im Norden zu den Organisatoren der Menschenkette zwischen den Vattenfall Schrottreaktoren Brunsbüttel und Krümmel mit 120.000 Menschen. Das war nicht immer so.

In den siebziger Jahren gehörten der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) als Dachverband der Gewerkschaften zu den Befürwortern der „friedlichen Nutzung der Kernenergie“ und propagierte zur Schaffung von Arbeitsplätzen den Bau neuer Atomkraftwerke. Schließlich waren die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), die IG Bergbau und Energie und die IG Metall in Hamburg für die Energieversorger und damit für potentielle Mitglieder zuständig.

Als sich die Anti-Atombewegung nach den Aktionen um das AKW in Whyll formierte, war der DGB sich nicht zu schade, mit den Energie-Unternehmen und ihren Betriebsräten aus der ÖTV, IGM und IGBE 1976 in der Arbeitszeit im Dortmunder Stadion eine große Pro-Kernenergie-Kundgebung zu organisieren. Obwohl sich nach der Bauplatzbesetzung des geplanten Atomkraftwerk 1976 in Brokdorf der Widerstand massiv entwickelte, es zu Demonstrationen und Auseinandersetzungen an den Bauplätzen kam, blieben die Gewerkschaften nicht nur auf Distanz. Sie drohten sogar aktiven Atomkraft-

gegnern auf der Basis von Unvereinbarkeitsbeschlüssen mit Ausschluss aus der Gewerkschaft.

Einsicht in Etappen

Doch viele gewerkschaftliche Atomkraftgegner ließen sich nicht einschüchtern. 1978 gründete der damalige Chefredakteur des IGM-Magazin „Metall“, Jakob Moneta, und der gewerkschaftliche Publizist Heinz Brand den „Aktionskreis Leben – Gewerkschafter gegen Atom“. Schon bald trug die Arbeit der innergewerkschaftlichen Opposition Früchte. Als erste Gewerkschaft rückte die fortschrittliche IG Druck und Papier vom DGB-Atomkurs ab und forderte den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie – es folgten die Lehrgewerkschaft Erziehung und Wissenschaften (GEW) und die Dienstleistungsgewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV).

Durch die DGB-Gewerkschaften zog sich nun ein tiefer Riss. Während der DGB offiziell auf Atomkurs blieb, mobilisierte das Gewerkschafts-Trio und der AKL zum Beispiel zusammen mit den Anti-AKW-Initiativen anlässlich des SPD-Parteitag in Hamburg im Januar 1981 zu einer Großdemo, um den damaligen SPD-Bürgermeister Hans-Ulrich Klose zu unterstützen, der den Ausstieg der städtischen Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW) aus der Beteiligung am Atomkraftwerk Brokdorf (72 Prozent)

Ende der 1970er Jahre drohten die Gewerkschaften aktiven AtomkraftgegnerInnen mit Ausschluss

Mittlerweile unterstützen die DGB-Gewerkschaften die Aktionen der Anti-AKW-Bewegung. Radikale Ausstiegspläne bleiben allerdings weiterhin ein Tabu

durchsetzen wollte. Kurz vor dem 28. Februar 1981, der Tag der Großdemonstration in Brokdorf gegen die Aufhebung des Baustopps (die Baustelle von Brokdorf war wegen der fehlenden Entsorgungsvorsorge per Gerichtsbeschluss für Jahre stillgelegt gewesen), erschien eine ganzseitige AKL-Anzeige in der Hamburger Morgenpost: Mehr als 3000 Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionsträger aller DGB-Gewerkschaften riefen namentlich und unter Funktionsangabe zur Teilnahme an der damals verbotenen Demonstration auf. Mehrere tausend Gewerkschafter marschierten am 28. Februar 1981 in einem „Gewerkschafterblock“ mit zum Bauplatz des AKW-Brokdorf.

Die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung um die Atomkraft dauerte an und brachte erst im Sommer 1986 die Wende. In Hamburg beschloss der DGB-Kongress unter den Eindrücken der ukrainischen Reaktorkatastrophe im Atomkraft Tschernobyl den Ausstieg aus der Atomenergie. Wenig später vollzog auch der IG Metall-Kongress



Foto: Rainer Lutter

den Kurswechsel - nicht zuletzt, weil die Endlagerfrage des Atommülls ungelöst war. Ein eher formaler Beschluss. Radikale Ausstiegspläne blieben Tabu, stattdessen setzte die offizielle DGB-Politik weiter auf Konsenslösungen. Der DGB unterstützte den Atomkonsens mit geregelten Laufzeiten und Laufzeit-Übertragungen der rot- grünen Bundesregierung 2001 voll und ganz.

Die Diskussion der schwarz-gelben Bundesregierung um Aufkündigung des Atomkonsens und der Laufzeitverlängerung alter Meiler brachte 2009 dann auch die letzten sozialdemokratischen Gewerkschaftsbosse auf die Palme. „Wir lassen uns nicht weiter einlullen“, sagte DGB-Chef Michael Sommer. Die IG Metall klinkte sich als erstes aktiv in die Anti-AKW-Bewegung ein, die eine Zukunft in ihren Branchen von Erneuerbaren Energien sieht. Und nach der beschlossenen Laufzeitverlängerung folgten auch andere wie die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Sie gehen intern inzwischen sogar soweit, dass sie über die Tarifpolitik den Ausstieg forcieren wollen. So ist der Abschluss von Sozialtarifverträgen im Gespräch, die einerseits den Beschäftigten den frühzeitigen Ausstieg durch soziale Absicherungen schmackhaft machen, andererseits auch Jobs nach dem Abschalten der AKWs in den Atommeilern sichern. „Wir brauchen das Know how der Beschäftigten für den Rückbau der AKWs“, ist neuerdings aus vielen gewerkschaftlichen Mündern zu hören.

Kai von Appen, Redakteur bei der taz Hamburg



Foto: ROBIN WOOD/Fenner

Auf dem Weg zur ökologischen Industriegesellschaft

Angesichts der Atomkatastrophe in Japan fordert die IG Metall den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Der katastrophale Störfall im Atomkraftwerk in Fukushima muss zu einem Wendepunkt in der Energiepolitik werden. Nicht nur der Betrieb von Atomkraftwerken ist unbeherrschbar. Auch für die Endlagerung von Atommüll gibt es keine sichere Lösung. Das haben die Vorfälle im Salzbergwerk Asse II mehr als deutlich gezeigt. Ein nachhaltiger Fortschritt lässt sich nicht auf einer die Lebensgrundlagen der Menschen vernichtenden Energiequelle aufbauen.

Dabei geht es um weit mehr als den Ausstieg aus der Kernenergie und den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Eine ökologische Industriegesellschaft muss auf der effizienten Nutzung von Ressourcen und Energie sowie guten Arbeitsbedingungen aufbauen.

Die Interessen der Beschäftigten sind auf dem Weg zur ökologischen Industriegesellschaft ebenso maßgebend wie die ökologischen Herausforderungen. Das bedeutet, dass auch die Arbeitgeber der Windkraft- und Solarbranche umdenken müssen. Eine Branche, die seit Jahren von öffentlichen Fördergeldern profitiert und als Motor eines ökologischen Umbaus fungieren kann, darf nicht länger eine mitbestimmungslose Zone sein, in der schlechte Arbeitsbedingungen eher die Regel als die Ausnahme sind. Eine fortschrittliche Technologie kann sich in einer Industriegesellschaft nur durchsetzen, wenn Tarifverträge sowie gute Arbeits- und Leistungsbedingungen gelten.

Den Atom-Ausstieg zügig organisieren

Die IG Metall fordert, dass die sieben abgeschalteten Atomkraftwerke nicht

wieder angefahren werden. Das muss auch für die veralteten und unsicheren Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel gelten. Die Erkundungsarbeiten im geplanten Endlager in Gorleben sind sofort zu stoppen. Die Atommüllproblematik, wie in der Asse, hat gezeigt, dass Salzbergwerke nicht zur Endlagerung von Atommüll geeignet sind.

In einem zweiten Schritt müssen die anderen deutschen Atomkraftwerke so schnell wie möglich abgeschaltet werden. Dabei kann der ursprüngliche Zeitrahmen des Ausstiegs aus der Atomenergie mindestens zum Maßstab genommen werden. Die Rest-Strom-Mengen der sieben abgeschalteten Atomkraftwerke dürfen in diesem Zusammenhang aber nicht auf andere Werke übertragen werden. Jetzt muss von Seiten der Bundesregierung ein Abschaltgesetz und ein Entsorgungskonzept für den vorhandenen Atommüll auf den Weg gebracht werden. Dafür machen wir uns nicht erst seit Fukushima, sondern seit Jahren gemeinsam mit anderen Gewerkschaften, politischen Organisationen sowie Umweltgruppen und -bewegungen stark. Metaller und Metallerinnen haben die Proteste in Gorleben unterstützt, sich bei der Anti-Atom-Kette eingereiht und bei den zahlreichen Kundgebungen und Aktionen der vergangenen Wochen mitgemacht. In einigen Regionen sind enge Netzwerke aus Gewerkschaftern und Umweltaktivisten entstanden, die den Protest vor Ort vorantreiben. Gemeinsam gehen wir auf die Straße.

Klar ist für uns aber auch, dass der Ausstieg nicht auf dem Rücken der Beschäftigten in den Atomkraftwerken ausgetragen werden darf. Wir vertreten auch deren Interessen und deshalb fordern wir, dass der Ausstieg sozial gerecht sein muss und für die Betrof-

fenen andere Arbeitsplätze her müssen. Neue Jobs entstehen in der Branche der Erneuerbaren Energien. Und das Wissen der Kolleginnen und Kollegen wird zunächst auch für den Rückbau der Atomkraftwerke gebraucht. Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist unbegründet und wird von den Konzernen genutzt, um auf Kosten der Beschäftigten Stimmung gegen den Ausstieg zu machen. Gleichwohl nehmen wir die Sorgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ernst und werden in Verhandlungen mit den Arbeitgebern darauf drängen, dass der Ausstieg zu fairen Bedingungen für die Beschäftigten ermöglicht wird. Bei den Milliarden-Gewinnen, die die Atomkraft den Konzernen beschert hat, darf es daran nun wirklich nicht scheitern.

Den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft einleiten

Nach Auffassung der IG Metall basiert der Fortschritt in der europäischen Gesellschaft nicht nur auf Wissen, sondern auch auf industrieller Produktion von Gütern. Kurz: Auf der Umsetzung von Wissen in Praxis. Windkraft- oder Photovoltaikanlagen sind dafür nur ein Beispiel. Ohne industrielle Produktion, ohne praktische Anwendung werden die sogenannten Wissensarbeiter, werden die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Unternehmen abwandern. Das lässt sich auch an einer Traditionsbranche wie dem Schiffbau zeigen: Wenn es nicht gelingt, Aufträge für den Bau von Spezialschiffen für die Errichtung von Offshore-Windkraftanlagen auf deutschen und europäischen Werften zu platzieren, werden bald auch die Ingenieurbüros und Entwicklungsabteilungen der Produktion folgen. Insofern ist der ökologische Umbau der Industriegesellschaft notwendig, um einen menschengerechten Fortschritt zu initiieren. Eine reine Dienstleistungsgesellschaft, wie von einigen Experten immer wieder ausgerufen, ist nach Auffassung der IG Metall zum Scheitern verurteilt.

Dem Staat fällt im Rahmen des Umbaus der Industriegesellschaft eine zentrale Rolle zu. Ein demokratisch legitimierter Staat muss der Spekulation und dem ökologischen Raubbau Grenzen setzen, wie es Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker



Foto: IG Metall Salzgitter

Die IG Metall protestiert gegen Atomkraft. Sie fordert allerdings auch, dass der notwendige ökologische Umbau der Industriegesellschaft nicht mit schlechten Arbeits- und Entgeltbedingungen sowie undemokratischen Strukturen einhergehen darf

auf einer IG Metall-Tagung im Rahmen der Hannover Messe ausdrückte. Ohne staatliche Leitplanken, ohne einen starken Staat sei es nicht realistisch einen Wandel einzuleiten. Deshalb brauchen wir keine Laufzeitverlängerung und auch kein Moratorium, sondern die klare Entscheidung für den Ausstieg und den Mut, diesen auch für viele Beschäftigte schwierigen Wandel anzugehen.

Die IG Metall fordert demokratische Strukturen in den Zukunftsbranchen

Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft lässt sich nicht mit schlechten Arbeits- und Entgeltbedingungen sowie undemokratischen Strukturen bewerkstelligen. Für die IG Metall ist es ein Skandal, dass in der Windkraftbranche und der Solarindustrie Billiglöhne und Leiharbeit vorherrschen und Tarifverträge nicht zur Anwendung kommen. Der Windkraftanlagenbauer Enercon stellt dabei nur die Spitze des Lohndumpings dar. Besonders ärgerlich ist, dass die Unternehmen der Zukunftsbranchen Wind und Solar die Mitbestimmung von Beschäftigten massiv verhindern. Betriebsräte und Gewerkschaften kommen

in beiden Branchen kaum vor. Systeme für saubere Energien werden zu unsauberen, undemokratischen und Billiglöhnen hergestellt. Wenn sich das nicht ändert, wird die Akzeptanz für den Umbau der Industriegesellschaft gering bleiben. Demokratische Mitwirkungsrechte und gute Arbeit müssen Kernbestandteil einer ökologischen Industriegesellschaft sein. Diese Forderung muss von der Basis in den Betrieben genauso kommen wie aus breiten Teilen der Gesellschaft. Nur wenn die Ungerechtigkeiten in diesen Branchen stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken, werden wir erfolgreich sein. Dafür brauchen wir die Unterstützung der Umweltbewegung. Ein breites Bündnis ist letztlich auch nötig, um die politischen Mehrheiten zu verändern und den Wandel zu einer ökologischen Industriegesellschaft zu schaffen – das geht nur gemeinsam. Dass der Protest erfolgreich ist, haben die Kundgebungen der vergangenen Wochen gezeigt. Schaffen wir gemeinsam einen Kurswechsel für ein Gutes Leben.

Meinhard Geiken, IG Metall-Bezirksleiter Küste und Hartmut Meine, IG Metall-Bezirksleiter Niedersachsen und Sachsen-Anhalt